

Die Verfassungsfeiern.

Verschiedene Reden des Reichspräsidenten in Münster.

Zu der am Sonntag in Münster stattgefundenen großen Feier anlässlich der fünfjährigen Wiederkehr der Schaffung der Verfassung trafen am Sonntag morgen der Reichspräsident mit den übrigen hohen Gästen bei herrlichem Wetter in Münster ein. Gegen 9 Uhr fuhr der Reichspräsident in geschlossenem Wagen zum Schloß, wo er den Besuch der Bischöfe von Münster und Baderborn und den des Oberrabbiners von Dortmund entgegennahm. Um 10,15 Uhr fand der große Empfang der Behörden, der Abgeordneten und des Provinziallandtages, der Wirtschaftspräsidenten aller Richtungen und Bezirksvereine der Provinz Westfalen statt. Bei dieser Gelegenheit wurde der Reichspräsident vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Gronowski mit einer Ansprache empfangen. Der Reichspräsident dankte für den freundlichen Willkommengruß und brachte seine Freude zum Ausdruck, die in Münster versammelten Vertreter des wirtschaftlichen und politischen Lebens zu sprechen und ihnen für ihr mutiges und opferfreudiges Verhalten in den schweren Zeiten der Not Dank sagen zu können. Anschließend an den Reichspräsidenten ergriff der preussische Minister des Innern Severing das Wort. Er dankte besonders den Beamten für ihre opferfreudiges Verhalten. Sodann betrat der Reichspräsident die nördliche Terrasse des Schlosses, um vor der überaus zahlreich versammelten Menschenmenge eine Ansprache zu halten, in der er unter anderem sagte:

Ich danke Ihnen zunächst freundlich für Ihren Gruß, den ich namens des Reiches auf das herzlichste erwidere. Wir von der Reichs- und preussischen Staatsregierung sind hierhergekommen, um uns über die Verhältnisse und Lage der Provinz zu unterrichten und nach Mitteln und Wege zu suchen, um die Sorgen und Wünsche, die geltend gemacht wurden, nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Wir sind hierhergekommen, um gemeinsam des Tages zu gedenken, der heute vor 5 Jahren die heutige republikanische Verfassung geschaffen hat.

Im zweiten Saal des Schlosses, wo die Vertreter der Presse, der Handelskammer etc. versammelt waren, nahm Oberpräsident Gronowski Gelegenheit, auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen. Der Reichspräsident erwiderte darauf, er stimme mit dem Oberpräsidenten streng überein, daß wir in der politischen Meinung auseinandergehen können. Man könne keine Weltanschauung nicht ändern, aber das sollte die Grundlinie für jeden sein, der gewillt ist, an der Zukunft unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, daß man sich über gewisse Grundfragen, die für uns gleichzeitig Lebensfragen sind, verständigen und dann auf dieser Linie zusammenarbeiten müsse ohne Rücksicht auf die Partei. Im Rahmen der kurzen persönlichen Unterhaltungen nahm der Reichspräsident Gelegenheit, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß trotz der Schwierigkeiten der Londoner Konferenz es doch gelingen werde, für Deutschland einen günstigen Abschluß der Konferenz herbeizuführen.

Nach dem Empfang am Schloß erfolgte die Rückfahrt zum Rathaus, wo der Empfang durch die städtischen Behörden stattfand. Im altherwürdigen Friedenssaal nahm der Oberbürgermeister Gelegenheit, den Reichspräsidenten im Namen der Stadt Münster zu begrüßen. In längerer Ausführungen entwickelte Oberbürgermeister Dr. Speer ein Bild der rasant bewegten Vergangenheit der Stadt Münster. Auch hier hielt der Reichspräsident eine kurze Ansprache. Er gab darin der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, den Tag der Freiheit für Westfalen so schnell wie möglich herbeizuführen.

Um 3 Uhr nachmittags begann in der Stadthalle die große Verfassungsfeier. Nach einleitenden Musikvortrügen ergriff der Oberpräsident Gronowski das Wort und führte aus: Wir erneuern hiermit das Gelöbnis zur Verfassung von Weimar zur Demokratie, zur deutschen Republik und zum ungeteilten deutschen Vaterland. Der Oberpräsident führte dann in seiner Rede zur Londoner Konferenz etwa aus: Das Wort London hat für uns heute eine weltgeschichtliche Bedeutung. Wir wollen nach zehnjährigem Schieberzustand endlich gesund werden durch Arbeit, Frieden, Opfer und Ordnung. Unter stürmischen Beifall beizog sodann der Reichspräsident das Rednerpult, um in kurzen Zügen etwa folgendes darzulegen: Darf ich Ihnen Herr Oberpräsident zunächst herzlich danken für die Einladung der Provinz Westfalen, für den freundlichen Willkommengruß, den Sie mir und den mit mir erschienenen Vertretern der Reichs- und Staatsregierung gewidmet haben. Nicht zuletzt danke ich Ihnen, Herr Oberpräsident, für Ihr kraftvolles Treuegelöbnis zum ungeteilten Vaterland, zum Reich und zu Preußen. Unsere Anwesenheit in der Hauptstadt Westfalens soll Ihnen bezeugen, daß die Reichsleitung und gerade die preussische Regierung sich mit Ihrer Provinz eng verbunden fühlen und mit Ihnen brüderlich die Sorgen teilen, die Sie bedrängen.

Die Verfassungsfeier in Weimar.

Die Reichsverfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, für die man namentlich in sozialistischen Kreisen schon seit längerer Zeit die Vorbereitungen getroffen hatte, hat in den Kreisen der Weimarer Bürgerchaft nicht das Interesse gefunden, das man vermutet hatte. Die Zahl der Teilnehmer betrug nicht mehr als 300. 73 Fahnen wurden im ganzen in den Festzügen gezählt. Nur drei Gasklöse und zwei Warenhäuser hatten durch Flaggen ihrer Häuser Interesse für die Feier dokumentiert. Weder die städtischen noch die staatlichen Gebäude waren für die Feier des Reichsbanners gesflaggt. Auch nahmen weder die Minister, die sich gegenwärtig auf Urlaub befinden, noch die Vertreter städtischer Behörden an der Feier teil. Die Begrüßungsansprache hielt der Gauvorsitzende des Gauers Groß-Thüringen Bril. Vom Reichspräsidenten Ebert verlas der Vorsitzende ein Begrüßungstelegramm das den Wunsch

auspricht, die Feier möge dazu beitragen, das Verständnis unserer Volksgenossen für die Weimarer Verfassung zu vertiefen und die Treue zum Reich zu befestigen. Nach einem auf den Reichspräsidenten ausgebrachten Hochruf hielt Rechtsanwalt Dr. Bärensprung eine Ansprache, in der er die deutschösterreichischen Kameraden herzlich willkommen hieß. Reichsminister a. D. Dr. Brüch, der Schöpfer der Verfassung führte aus, daß die nationale Einheit Deutschlands mitten in dem Schrecken des Zusammenbruchs nur durch den Zusammenschluß der demokratisch gesinnten bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie gerettet worden sei. General der Infanterie a. D. von Deimling erklärte den Aufbau der Zukunft für wichtiger als die Sehnsucht nach der Vergangenheit, die man trotzdem hochhalten könne. Die Grüße der deutschösterreichischen Kameraden überbrachte der Inspektor des Heeres der österreichischen Republikaner. Außer dem Minister a. D. Fehrenbach sprachen zum Schluß noch die Abgeordneten Löbe und Haas.

In München

hielt unter Beteiligung aller republikanischen Parteien und Verbände, die Organisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ am Sonntag vormittag auf dem Ausstellungsgelände eine Gedenkfeier des Jahrestages der Weimarer Verfassung ab. Vertreten waren die Zentrumspartei, die Deutschdemokratische und die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Fabrikanten, der Zentralrat der Betriebsräte, der Republikanische Reichsbund, der Reichsbund der Kriegsbekämpften, das Kartell republikanischer Studenten und sämtliche Arbeiter-Turn- und Sportvereine.

Verfassungsfeier in London.

Berlin, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Delegation in London wird, wie wir hören, anlässlich des Verfassungstages in ihrem Hotel eine Feier abhalten, an der auch die Vertreter der auswärtigen Mächte teilnehmen werden. Diese Verfassungsfeier, die auf Vorschlag des Reichskanzlers abgehalten wird, bezweckt, vor den in London versammelten Konferenzmächten zu betonen, daß die deutsche Regierung an der demokratischen Verfassung festhält und damit gleichzeitig die Erwartung zum Ausdruck bringt, daß man dem demokratischen Deutschland seine ureigensten Lebensinteressen gewährleisten, damit es seine Lebensfähigkeit beweisen kann. Von dem Ausgang der Londoner Konferenz werde, wie der Reichskanzler in einer kurzen Ansprache hervorheben wird, das Schicksal des demokratischen Deutschlands abhängen.

Herriot erzielte in Paris Uebereinstimmung.

Er ist wieder in London eingetroffen.

Herriot und General Kolliet sind am Sonntag abend 9 Uhr über Dieppe nach London zurückgekehrt. Der Finanzminister Clement ist bereits um 4 Uhr abgefahren, weil ihm daran lag, noch vor Anbruch der Nacht in London einzutreffen. Herriot wurde bis Boulogne vom Handelsminister Kannaldy begleitet. Gegenstand der Reisedisposition soll laut Liberte die Vorbereitung des Handelsvertrages mit Deutschland gewesen sein. Herriot hat im Verlaufe seines kaum 24stündigen Aufenthalts in Paris einen bedeutungsvollen Erfolg davongetragen. Es war ihm infolge der Stellungnahme des Marshalls Foch, was ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient, gelungen, die Zustimmung sämtlicher Minister und des Präsidenten der Republik zu seinem Standpunkt betreffend die Ruhrfrage zu erlangen. Marshall Foch war der eigentliche Schiedsrichter der Situation. Herriot unterbreitete ihm vor Zusammenritt des Ministerrats einen Plan der militärischen Räumung der Ruhr. Als Foch sich für den Plan entschied, war der Verlauf und der Ausgang der Sitzung nicht mehr zweifelhaft. Selbst Kolliet unterwarf sich sofort widerspruchslos. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Erklärungen Macdonalds betreffend die Verquickung des Reparations- und des Dawesproblems sowie die vorläufige Fortsetzung der Besetzung der Kölner Zone sämtliche Minister günstig gestimmt hatte.

Der Plan zur militärischen Räumung der Ruhr ist in seiner genauen Fassung noch nicht bekannt. Ein Pariser Abendblatt geht indessen so weit, wenn es behauptet, er wäre ein Geheimnis. Zunächst steht fest, daß die militärische Räumung der Ruhr ohne Rücksicht auf die Frage der französischen Sicherheit nach dem Gesichtspunkte der Ausführung des Sachverständigenberichts erfolgen soll. Auch diese Auffassung scheint nach den formellen, Frankreich beruhigenden Zusicherungen Macdonalds, daß Reparationen und interalliierte Schulen künftig nur noch ein Problem bilden, für die Entschließung des Ministerrats nicht ohne Bedeutung gewesen zu sein. Bezeichnend dafür ist, daß Herriot, wie eine hohe politische Persönlichkeit französischer Pressevertreter erklärte, von dem Ministerrat die nötige Vollmacht erlangte, um in London mit den deutschen Vertretern die Umrisse eines deutsch-französischen Handelsvertrages festzulegen, und zwar soll der französische Ministerpräsident die Räumung der Ruhr zum Gegenstand eines Tauschobjekts machen wollen.

Marx und Stresemann bei Lord Parmoor.

London, 11. August. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern morgen wohnte der Reichskanzler dem Gottesdienst in der deutsch-katholischen Kirche bei. Nach Schluß des Gottesdienstes wurde ihm von den deutschen Kirchenbesuchern eine Ovation dargebracht. Um 12 Uhr mittags begaben sich der Reichskanzler Dr. Marx, der

Außenminister Dr. Stresemann und der Finanzminister Dr. Luther nach Henley, wo sie einer Einladung von Lord Parmoor Folge leisteten.

Riesige Truppenübungen im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet: 8. August. Die französische Befehlshaberbehörde hat von der Stadtverwaltung Essen den Bau eines Benzintanks verlangt. Die Rollen dürften sich auf etwa 135 000 Goldmark stellen. Die Stadtverwaltung ist natürlich nicht in der Lage, den Bau auszuführen, da vom Reich Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtverwaltung in Werden hat den Auftrag erhalten, eine neue Kaserne auszuführen, ebenso die Stadtverwaltung in Recklinghausen. Diese Forderung hängt mit großen Truppenübungen zusammen, die seit einiger Zeit im nördlichen Ruhrgebiet im Gange sind. Frankreich hat nämlich kürzlich die neuen Rekruten-Jahrgänge ins Ruhrgebiet geschafft und diese werden hier weiter ausgebildet. Vom frühen Morgen ab ziehen die Rekrutenabteilungen aus der Stadt in die Außenbezirke. Anfangs erfolgte die Ausbildung auf requirierten Sportplätzen. Dann verlangten die Franzosen von den Stadtverwaltungen, daß sie um diese Plätze hohe Bretterzäune errichteten. Neuerdings wird aber die Ausbildung in der Umgebung von Recklinghausen in großem Stil betrieben. Die Franzosen haben die weiten Heideplätze zwischen Recklinghausen und Gallern in einen riesigen Truppenübungsplatz verwandelt. Hier sind ständig etwa zehntausend Mann aller Waffengattungen zusammengezogen, die nach Abschluß ihrer Übungen durch neue Truppen abgelöst werden. Die Truppen sind in Baracken untergebracht, zu deren Bau die Stadt Recklinghausen das Material zwangsweise liefern mußte. Nach Vervollständigung der Bauten durch französische Pioniere sollen hier auch die gesamten Truppen aus den Landkreisen fest stationiert werden. Mit der Errichtung des Truppenübungsplatzes sind weitgehende Abperrungen des Verkehrs verbunden. In den Zeitungen wird ständig wegen der Abhaltung von Schießübungen vor der Benutzung gefährdeter Straßenzüge gewarnt. Häufig sind wichtige Durchgangsstrahlen für den Verkehr überhaupt gesperrt. Der Kanonendonner und das Knallen der Maschinengewehre ist weithin vernehmbar.

Die Finanzlage der Städte des Ruhrgebietes und besonders natürlich der Stadt Recklinghausen ist durch die Truppenlasten noch schwieriger geworden. Dazu kommt noch, daß die Anforderungen von Wohnungen durch die Besetzung in den letzten Tagen stark zugenommen haben. Die Bewohner werden häufige einfache Hausdiebstahl Straftat begangen, (1) um französischen Regie- und Micum-Angehörigen mit ihren Familien Platz zu machen.

Politische Tageschau.

Vorläufig keine allgemeine Aufwertung von Stadtanleihen. Auf Anfrage bei den zuständigen kommunalen Spitzenverbänden erfährt der „Deutsche Handelsdienst“, daß die maßgebenden Organisationen beschlossen haben, auf ihre Unterverbände in der Richtung einzuwirken, daß die Aufwertung seitens einzelner Gemeinden vorläufig nicht vorgenommen werden soll. Man beabsichtigt, zumindest abzuwarten, ob die dritte Steuererhöhung und damit die bisherige Regelung der Aufwertungsfrage eine Wänderung erfährt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die ganze Frage gerade für die Städte eine besonders komplizierte ist. Es muß nicht nur die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden, sondern auch der besondere Charakter der einzelnen Anleihen (ob für verbundene Zwecke usw.) berücksichtigt werden. Daß einzelne kleinere Gemeinden schon eine Aufwertung angefangen haben, ändert nichts an der grundsätzlichen Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände.

Austritt der Katholiken aus dem Hochschulring. Nach einer Meldung der „Germania“ aus München ist das Kartell der katholischen Studentenverbindungen aus dem Hochschulring deutscher Art ausgetreten, nachdem die Verhandlungen über die Beseitigung des Kartells wegen der katholikenfeindlichen Rundgebungen an der Münchener Universität unmittelbar nach dem Hitlerputsch zu keinem Ergebnis geführt hatten. Das Kartell begründete seinen Austritt damit, daß der Hochschulring den in seinen Satzungen festgelegten Grundsatz der Ueberparteilichkeit verlassen habe.

Polen.

Verhaftung des kommunistischen Zentralkomitees. Die Blätter berichten, daß die polnische Polizei nach langen und schwierigen Beobachtungsarbeiten den Hauptstich der kommunistischen Partei Polens und die Beratungskreise des geheimen Zentralkomitees ausfindig gemacht hat. Das Zentralkomitee ist in Warschau in der Wohnung des Direktors der Bank Czerwinski, Antoni Mucharski festgesetzt worden. Die Beamten der Geheimpolizei drangen in das Sitzungszimmer des Zentralkomitees in dem Augenblick ein, als dort gerade eine Versammlung der führenden kommunistischen Agenten und Politiker stattfand, in der kommunistische Aufrufe zum Generalstreik in Polen fertiggestellt werden sollten. Der Inhaber der Wohnung, Mucharski, seine Frau und sein Bruder Alexander sowie eine ganze Reihe anderer Kommunistenführer wurden auf der Stelle verhaftet. Im Lokal der kommunistischen Exklusiv wurden große Mengen staatsfeindlicher Agitationsmaterialien, Aufrufe, Flugblätter usw. gefunden.

England.

Zur Unterzeichnung des englisch-russischen Vertrages verläuft, daß Macdonald den Vertrag unterzeichnet hat, da für die Stellung des Königs in der englischen Verfassung kein Gegenstand in der russischen Verfassung vorhanden ist. Man nimmt jedoch an, daß die Ratifikation durch den englischen König als offizielles Staatsoberhaupt vollzogen wird. Der englisch-russische Vertrag muß 21 Tage auf dem Tisch des Unterhauses liegen, ehe er in Kraft treten kann.